
2000 **Wer 3xNein sät, wird 4xNein ernten**

Mit einem zweistelligen Millionenbetrag bekämpfen die Wirtschaftsverbände nicht nur die Solar-Initiative, sondern auch die Gegenvorschläge des Parlaments - die kleine Förderabgabe von 0,3 Rp./kWh und die „Grundnorm“ für eine ökologische Steuerreform, (2,0 Rp./kWh mit Rückerstattung). Die „3xNein“-Walze wird von Banken, Chemie, Versicherungen, vom schweizerischen Gewerbeverband und von der Atomlobby finanziert. Es sind jene „Wirtschaftsführer“ am Werk, die sich auf Hochglanzpapier stets als besonders ökologisch und fortschrittlich darstellen.

Es ist noch gar nicht lange her, dass diese gleichen Kreise selber eine ökologische Steuerreform: Schädliche Emissionen seien zu verteuern, die Erträge müssten staatsquotenneutral zurückfliessen, und das Ganze sei international zu koordinieren, schrieb der „Vorort“.

All diese Bedingungen werden heute von der „Grundnorm“ erfüllt. CO₂ und radioaktive Substanzen sollen etwas teurer werden, dafür werden die AHV-Prämien um 15% (3 Mrd. Fr.) gesenkt. Die Schweiz hat die tiefsten Oel-, Gas- und Benzinpreise in Westeuropa, ein „Koordinationsbedarf“ (nach oben!) ist längst ausgewiesen.

Aber jetzt, wo's konkret wird, kneifen die Helden von der Wirtschaft. Eingefädelt wurde die Nein-Kampagne von Christoph Blocher, der über die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie (SGCI) den „Vorort“ auf Kurs brachte. Seither spulen die Verbandsfunktionäre ihre Nein-Parolen ab wie Aufziehmäuse beim Franz Carl Weber.

Weshalb die Gegnerschaft?

Ein Grund dafür ist wohl, dass die ökologische Steuerreform erstmals den Atomstrom miterfasst. Noch immer träumen die Herren im Zürcher Wirtschaftsolymp vom vermeintlichen perpetuum mobile, obschon sich die namhaften Technologiekonzerne (ABB, Siemens) längst von der mörderischen Atomtechnik verabschiedet haben und nicht mehr an den perfekten Menschen glauben.

Doch auf der politischen Ebene wurde aus „Tschernobyl“ bis heute nichts gelernt, die Uhren in Bern sind stehengeblieben. Die Risiken werden verdrängt, die schlimmen Opfer der Atomenergie totgeschwiegen. Selbst SP-Bundesrat Leuenberger verstieg sich zur Behauptung, die Schweizer Atomkraftwerke seien „sicher“ (*wie* sicher denn, Herr Bundesrat, interessiert uns, zB. bei einem Erdbeben, und weshalb versichert keine Haftpflichtversicherung der Welt das Risiko von Mühleberg, Beznau, Gösigen usw., wenn alles sicher ist?)

Untaugliches CO₂-Gesetz

Die Funktionäre vom „Vorort“ verweisen auf das CO₂-Gesetz. Mit ihm könne das Parlament Heizöl und Benzin um bis zu 50 Rp./Liter verteuern. Doch dieses Gesetz lässt den Strom unbelastet. Wird Heizöl verteuert, Strom aber nicht, werden nicht etwa Solar- und Holzheizungen installiert, sondern Elektroheizungen, zur Freude der Atomlobby, die dann endlich ihre Fehlplanungen auslasten kann. Mit dem CO₂-Gesetz wird nicht einmal importierter Kohlestrom besteuert, dessen Produktion viermal mehr CO₂ erzeugt als jede normale Schweizer Gasheizung.

„Gegen Subventionen“

Eine zweite Argumentation der 3xNein-Sager richtet sich gegen die finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, wie sie die Solar-Initiative (0,5 Rp./kWh) oder die Förderabgabe (0,3 Rp./kWh) bezwecken.

Basel-Stadt hat Erfahrungen mit einer Förderabgabe. Dank dem „Energiesparrappen“ wurde der Stromverbrauch seit 1985 stabilisiert, die Fernwärme in Basel und die Geothermie in Riehen ausgebaut, die Preise für Solaranlagen halbiert, und zusammen mit dem Gewerbe werden vorbildliche Kampagnen für „die bessere Lüftung“, „das bessere Fenster“ usw. lanciert. Die Strom- und Heizkostenrechnungen in Basel sind dank der Förderabgabe nicht grösser, sondern kleiner geworden.

Subventionen gehören zum Repertoire der schweizerischen Umweltpolitik. Wäre ohne Bundesbeiträge je eine Kläranlage gebaut worden? Im Umweltschutz sind ganze Wirtschaftsbranchen neu entstanden und die lautesten Kritiker aus der Wirtschaft waren die grössten Profiteure,

Solar-Initiative und Förderabgabe beinhalten aber nicht einfach Subventionen aus der Staatskasse, wie gerne behauptet wird, sondern sie installieren eine verursachergerechte Finanzierung. Das ist ordnungspolitisch etwas ganz anderes als die Landwirtschaftspolitik, die mit Zuschüssen aus der Staatskasse operiert. Die Förderabgabe soll den ökologischen Umbau für alle finanziell tragbar machen.

